



Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt am 11.12.2018		öffentlich		
		Vorlagen-Nr.: FB 3/922/2018		
Nr. 9 der TO				
Dez. I	FB 3: Planen und Bauen	Datum: 22.11.2018		
FBL / stellv. FBL	FB Finanzen	Dezernat I / II	Der Bürgermeister	
Beratungsfolge:				
Gremium:	Datum:	TOP	Zuständigkeit	Bemerkungen:
Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt	11.12.2018		Entscheidung	

Beratungsgegenstand:

"Plastikarmes Lüdinghausen"

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.10.2018

I. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, die schon seit Jahren praktizierte Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Maßnahmen zur Vermeidung von Kunststoffen fortzusetzen.

Zur Vertiefung beabsichtigt die Verwaltung das Gespräch mit den im Fraktionsantrag genannten Akteuren zu suchen.

II. Rechtsgrundlage:

GO NRW, Geschäftsordnung des Stadtrates, Zuständigkeitsordnung des Stadtrates, Landesabfallgesetz, Kreislaufwirtschaftsgesetz,

III. Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 04.10.2018, Maßnahmen zu ergreifen, die zu einem möglichst „plastikarmen“ Lüdinghausen führen. Zur näheren Erläuterung wird auf den anliegenden Antrag verwiesen.

In den letzten Jahrzehnten hat auf dem Gebiet der Kunststoffe eine enorme Entwicklung stattgefunden. Kunststoffe sind aus unserm Alltag nicht mehr wegzudenken.

Die Entwicklung einzelner Kunststofftechniken erleichtert in vielen Bereichen unser Leben und ermöglicht zudem die Entwicklung neuer Technologien.

So wurde die Medizintechnik revolutioniert, neue Sportarten erst ermöglicht, Elektro- und Automobilindustrie sind ohne Kunststoffe kaum vorzustellen. Die Abwasserbeseitigung undenkbar. Der Feuerschutz kaum vorstellbar

Kunststoffe bergen jedoch auch eine Menge Probleme für das globale Ökosystem und unsere Gesundheit. Berge von Plastikmüll belasten unsere Natur und geben die unterschiedlichsten Schadstoffe in die Umwelt ab.

Plastik ist an sich nicht schlecht. Problem ist der Umgang mit diesem Material.

Deshalb setzt die Stadtverwaltung schon seit Jahren auf die Verringerung des Plastikmülls durch Müllvermeidung, Mülltrennung und Müllverwertung.

Neben Gesprächen, die mit den Einzelhändlern geführt wurden, steht die Verwaltung im engen Kontakt mit dem Tourismusbüro.

Eine eigene Mehrwegtasche aus Baumwolle könnte Premiere finden.

Die städtischen Hausmeister sind angehalten sowohl in den Schulen, als auch in den Übergangsheimen sowohl die Schüler als auch die Bewohner auf die ordnungsgemäße Behandlung und die Reduzierung des Plastiks hinzuweisen.

Im von der Stadt zu regelndem Umweltpreis ist die Vermeidung von Plastikmüll in den letzten Jahren Thema gewesen.

Auch im Rahmen von Vergabeverfahren der Stadt Lüdinghausen findet die Reduzierung von Plastikmüll bereits Beachtung.

In dem GWB (Gesetz für Wettbewerbsbeschränkungen, vgl. § 97) ist ausdrücklich gesetzlich festgelegt, dass bei der Vergabe - neben qualitativen, innovativen und sozialen Aspekten - insbesondere auch umweltbezogene Aspekte zu berücksichtigen sind.

Zur Müllbeseitigung mit Sorgfaltspflicht gehören die regelmäßig durchgeführten Müllsammelaktionen in der Stadt. Die Bürger, die in der Stadt Müll sammeln und die Auswirkungen von Plastikmüll somit unmittelbar vor Augen geführt bekommen, entwickeln ein Gefühl für das Ausmaß der Problematik. Eine Erfahrung, die den Bürger auch für den Umgang mit Kunststoffen sensibilisiert. Es konnte mit Freude festgestellt werden, dass in den letzten Jahren, trotz stärkerer Beteiligung der Bürger an den Müllsammelaktionen, die festgestellte Verschmutzung geringer geworden ist.

Die Entscheidung über den Gebrauch von Plastik kann nur individuell getroffen werden. So hat der Stadtrat nunmehr im letzten Jahr die Einführung aus Plastik bestehender Hundekotbeuteln beschlossen.

Bei diesem Beschluss hat eine Abwägung zwischen hygienischen Missständen und dem Gebrauch von Plastik stattgefunden.

Wo ein Verzicht von Einweggeschirr möglich ist, wird bereits jetzt und auch künftig darauf hingewirkt. So wird bei der Erteilung von Gestattungen für Veranstaltungen durch das Ordnungsamt zur Auflage gemacht, dass für den Getränkeausschank Mehrwegbecher zu verwenden sind. Gleichzeitig wird auf das Merkblatt der Stadt zur Vermeidung von Einwegprodukten bei Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen hingewiesen. Darin wird die Erhebung eines Pfandes empfohlen, um eine hohe Rücklaufquote zu erzielen. Der Gebrauch von Einweggeschirr sollte nur in Ausnahmefällen erfolgen; und wenn, sollte nur Einweggeschirr aus Recyclingmaterial eingesetzt werden. Obligatorisch für jede Veranstaltung, egal welcher Größenordnung, sollte eine getrennte Abfallsammlung nach Wertstoffen und Restmüll ermöglicht werden (Papier, Glas, Metalle, evtl. kompostierbare Abfälle, Verpackungsmaterial).

IV. Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Antrag der SPD-Fraktion